



Sabine Schiffer
sschiffer@zukunft.eu

Wie das Grundgesetz gebrochen und die Menschenrechte zur Etablierung einer undemokratischen Weltordnung missbraucht werden.

TIEFER GEBLICKT

Das Geschäft

Wir befinden uns im Jahr 10 der neuen Weltkriegsordnung. Mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien – gegen die Einwände der UN-Vetomächte Russland und China – begann eine neue Ära globaler Kriegspolitik. Der Völkerrechtsbruch hat Schule gemacht und die Instrumentalisierung der Menschenrechte, die nur selektiv zur Begründung von gewollten Kriegen herangezogen werden, auch. Davon zeugt die NATO-Doktrin von 1999, wie alle folgenden Erklärungen seither. Das aktuellste selbstentlarvende Pamphlet stellt wohl das so genannte „Generäle-Papier“ von 2007 „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ dar, das Uli Cremer in seinem neuen Buch über die sich verändernden NATO-Strategien mit globalen Ansprüchen beschreibt. Wer glaubt, dies sei eine nur aus den USA herüberschwappende Politik, sollte genauer hinsehen. Deutschland ist die Nummer drei der Rüstungsexporteure nach den USA und Russland, mit Steigerungsraten im Großwaffenexportbereich um 13 Prozent sowie im Bereich von Kleinwaffen, Munition und Ersatzteilen um bis zu 50 Prozent – so eine dpa-Meldung, die Anfang Dezember 2008 die unschöne Katze aus dem Sack ließ. Die Bundesregierung scheut sich auch nicht, Waffen und Zubehör in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern wie nach Nigeria, in den Nahen Osten, Pakistan und Afghanistan, und damit die eigenen „diplomatischen Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit“ zu torpedieren sowie das Kriegswaffenkontrollgesetz zu umgehen. Der Markt wächst und boomt. Schön für unsere Wirtschaft? Schön für die sicheren Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie? Städte wie Bremen, Kassel und Co. profitieren vordergründig von derlei Geschäften. Allerdings verhält es sich ähnlich wie beim Klimawandel: Wer an alten Strukturen festhält, die auf

endliche Rohstoffe wie Öl, Gas, Kohle und Uran setzen, wird langfristig auf der Strecke bleiben. Investitionen in neue Technologien und in neue Arbeitsplätze wären zielführend, nicht der finanzverschlingende Erhalt längst überkommener Industriezweige.

Krieg ist die (einzige) Lösung

Angesichts des viel beschworenen *Cyberwars* scheint die Investition in herkömmliche Waffensysteme und das Aussenden von Soldaten mehr als hinterwäldlerisch. Solange das Thema Cyberwar aber auch nur im Kontext von so genannten islamistischen Terrornetzwerken diskutiert wird, werden die strategischen Umorientierungsnotwendigkeiten lediglich umgangen. Stattdessen bedient man das nützliche Feindbild Islam, das schon lange als letzte Rechtfertigungsinstanz herangezogen wird, wenn andere Kriegsgründungen – s. Irak, Afghanistan, Iran – nicht mehr ausreichen. Statt also wirklich auf Strukturveränderungen zu reagieren, nutzt man den Hinweis darauf zur Verschleierung der sich aufdrängenden Folgen, nämlich eine Reduktion von Streitkräften und den Ausbau anderer Aktivitäten. Auf der anderen Seite werden mit der nicht lösungsorientierten Angstmache ganz andere in der Mache befindliche Maßnahmen verschleiert, wie etwa der Umbau von NATO und EU hin zu einem Instrument der zukünftigen (undemokratischen) Weltregierung. Einen Vorgeschmack auf neue Reibungspunkte gab der Krieg Georgiens, der mittels Medienmanipulation Russland in die Schuhe geschoben werden sollte. Dabei ist die Ostausdehnung der NATO ein klarer Verstoß gegen Abkommen mit Russland, die den Kalten Krieg beenden sollten. Und die Ankündigung von Raketenschilden in Polen und evtl. Tschechien, angeblich gegen Iran, treibt diesen Verstoß wei-

mit dem Krieg

und die verlogene Menschenrechtsdiskussion als Mittel zum Zweck

ter auf die Spitze. Mitteleuropa bleibt dabei Pufferzone, wie im Kalten Krieg auch. Im Westen also nichts Neues! Dass nun die deutschen Rüstungsexporte am Parlament vorbei ablaufen und nur im Nachhinein bekannt gegeben werden, wenn überhaupt, ist auch nicht neu. Ob das Setzen auf „gewachsene Strukturen“ und deren Ausbau mit ihrem entsprechenden Vernichtungspotenzial auch nur vordergründig „zum Wohle des deutschen Volkes“ stattfindet, mag sich schnell klären lassen. Denn spätestens dann, wenn unsere eigenen Soldaten mit unseren eigenen Waffen getötet werden, hört der Spaß am guten Verdienst auf – aber vielleicht auch nur, wenn die Kinder der Entscheider für den Krieg auch unter dem Kanonenfutter wären. Prominente Beispiele wie das des abenteuerlustigen und unreifen Prinzen Harry mögen davon ablenken, dass die Bundeswehr sich auf die Rekrutierung der Verlierer spezialisiert hat, derer es immer mehr geben wird. Wer mit „sicheren Jobs“ in Krisenzeiten winkt und die „Aussicht auf Erfolg“ gerade vor Jugendlichen betont, die auch mit gutem Schulabschluss ohne Ausbildungsplatz dastehen, verrät seine Intentionen. Auf der Website der Bundeswehr findet sich dem gemäß eine Rubrik „Jugend und Karriere“, und unter dem vielgepriesenen *Berliner Modell*, das mithilfe von ortsansässigen Firmen vor allem „ostdeutsche“ Fachkräfte fokussiert, werden „Arbeitsplätze mit Übernahmegarantie“ geschaffen.

Kriegspropaganda auf allen Kanälen

Jugendliche werden bereits jahrelang an der heimischen Spielkonsole gut vorbereitet auf die Rhetorik vom „Kampf für den Frieden“, von der „Verteidigung“ gegen böse Angreifer, die es quasi ohne Grund auf uns abgesehen haben. Und ihre Schnellig-»



Prominente Beispiele wie das des abenteuerlustigen und unreifen Prinzen Harry mögen davon ablenken, dass die Bundeswehr sich auf die Rekrutierung der Verlierer spezialisiert hat, derer es immer mehr geben wird

BILDER: DPA



Und so langsam sinken sie in unsere Köpfe und Herzen ein, die Floskeln vom „gerechtfertigten Krieg“, der ja eine „Friedensmission“ sei, von notwendiger „Unterstützung“ für die Soldaten vor Ort, von der Notwendigkeit, „mehr (militärischen) Nachschub“ für die Flankierung eines nicht stattfindenden Wiederaufbaus zu liefern

keit in der Reaktion, möglichst ohne nachzudenken, wird vielfach an möglichst echten Tötungssimulationen geübt. Tatsächlich gilt ein „Spiel“ wie *America's Army* als *serious game*, das „aus Spiel Ernst und aus Ernst Spiel“ macht (*tagesschau.de*) und auf die Herausforderungen der realen Welt eingeht. Während so genannte *serious games* mit sozialem Impetus schnell als bemüht und langweilig eingestuft werden, erfreuen sich die Killertrainer zunehmender Beliebtheit. Zur Freude von Militärs und dem Teil der Politik, der sich dafür eingesetzt hat, derlei „Spiele“ zum schützenswerten Kulturgut erklären zu lassen [über die Verflechtungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik siehe mein Artikel auf *hintergrund.de*]. Welche Blüten der *embedded journalism* treibt, lässt sich täglich in den Tageszeitungen und den Abendnachrichten nachvollziehen: in Szene gesetzte helfende Bundeswehrärzte oder

stofftierverschenkende Soldaten mit hungernden Kindern in Afghanistan. Aber auch im unterhaltenden Abendprogramm der öffentlich-rechtlichen Sender wird für die Unterstützung des Militärs geworden – etwa in dem dokumentarischen Spielfilm *Mogadischu*: Da fehlt eine kugelsichere Weste für einen GSG9-Mann. Es wurden nur 30 Stück genehmigt. Der Kommandeur Wegener gibt ihm seine, weil der junge Mann ein Kind im Kindergartenalter hat. Und tatsächlich, nach dem Einsatz fischt der Offizier eine Kugel aus der Weste und zeigt sie seinem Chef Wegener. Eine bewegende Szene am Rande des verfilmten Entführungsdramas der Landshut von 1977 mit aktuellem Bezug. Denn im Kontext der Dauerdiskussionen um eine bessere Ausrüstung der Bundeswehr, um dem illegitimen Auslandseinsatz doch noch zum Erfolg zu verhelfen, ist die Parteinahme für mehr Unterstützung offensichtlich.

Und so langsam sinken sie in unsere Köpfe und Herzen ein, die Floskeln vom „gerechtfertigten Krieg“, der ja eine „Friedensmission“ sei, von notwendiger „Unterstützung“ für die Soldaten vor Ort, von der Notwendigkeit, „mehr (militärischen) Nachschub“ für die Flankierung eines nicht stattfindenden Wiederaufbaus zu liefern. Unser Kurzzeitgedächtnis tut sein Übriges dazu: Wer sich erinnert, wie Joschka Fischer mit dem Nazi-Vergleich „Nie wieder Auschwitz!“ für den deutschen Kriegseinsatz in Jugoslawien geworben hat, der erkennt, dass auch das Gerede von einem angeblich drohenden „atomaren Holocaust“ in Bezug auf den Iran die gleiche Propaganda ist. Die Heuchelei um die Irandiskussion wird noch an folgenden Fakten deutlich: Das Embargo gegen den Iran ruiniert so manche Wirtschaft, während sich die US-Exporte in den Iran vervielfacht haben. Vor allem deutsche mittelständische Unternehmen sind betroffen mit Einbußen bis um die Hälfte des früheren Lieferumfangs (s. *Panorama* 11.12.2008). Auf Exportumwegen über andere Länder sind etliche US-Produkte im Iran erhältlich, während die restriktiven Bestimmungen vor allem westeuropäische Konkurrenten gängeln. Dieses geschickte Embargo-System wurde wohl auch schon in Bezug auf den Irak angewandt und es wäre prüfenswert, inwiefern der gezielt aufgedeckte Siemens-Korruptionsskandal auch aus dieser Zeit herrührt, als Siemens hervorragende Wirtschaftskontakte in die Region unterhielt.

Verlagerung der Produktion und verlogene „Rechts“staatlichkeit

Während also die Exportzahlen anderer Güter sinken, steigen die kriegsrelevanten Exporte Deutschlands – wer ein „Exportweltmeister“ sein will... Ob das mit unseren Grundwerten, den Gesetzen oder gar dem Willen des Volkes einhergeht, sei dahin gestellt. Man fragt bzw. informiert es vorsichtshalber gar nicht. Aber besonders kurios wird der Ausbau der vermeintlich legalen, auf jeden Fall aber legalisierten Rüstungsexporte erst, wenn man ihnen die unter Strafe stehende Proliferation gegenüberstellt.

Mit Kleinwaffen kommen jährlich Millionen von Menschen um, auch durch die Hand so genannter Kindersoldaten, aber sie zählen nicht zu den „Massenvernichtungswaffen“ und dürfen demnach exportiert werden.

Letztere steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes und man könnte meinen, auch die „genehmigten“ und jetzt öffentlich gewordenen Exporte in Krisengebiete gehörten zu den Beobachtungsgegenständen der Verfassungsschützer. Mitnichten: Proliferation bedeutet schließlich nur „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows, sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen“. Definitionssache also: Mit Kleinwaffen kommen jährlich Millionen von Menschen um, auch durch die Hand so genannter Kindersoldaten, aber sie zählen nicht zu den „Massenvernichtungswaffen“ und dürfen demnach exportiert werden. Die bunt bilderte Broschüre des Verfassungsschutzes zum Thema von 2004 strotzt geradezu vor Selbstidealisation: Als Akteure der Proliferation werden diejenigen genannt, die verbotene Technologie erhalten wollen – also etwa Staaten wie Indien, Iran, Pakistan oder Syrien. Ihnen wird unterstellt, dass sie sich außenpolitische Bedrohungen nur einbilden. Wenn man die weltpolitische Lage und deren Machtstrukturen betrachtet, wirkt die folgende Beschreibung eher selbstentlarvend: „Zudem glauben sie, auf diesem Wege eigene politische Forderungen gegenüber Nachbarstaaten und der internationalen Staatengemeinschaft durchsetzen zu können.“ Richtig zynisch wird es aber erst, als es heißt: „Irak verfügte über eine industrielle Infrastruktur zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen.“ Und als Beleg wird tatsächlich das Foto eines irakischen

Scud-Raketeneinschlags in Tel Aviv von 1991 beigefügt. Und darunter findet sich noch ein implizites Lob auf den aktuellen Irak-Krieg: „Wissenschaftliches und technisches Potenzial zur Entwicklung von ABC-Waffen und Trägertechnologie waren im Irak vorhanden; entsprechende Beschaffungsversuche, die insbesondere dem Erhalt der Infrastrukturen, wurden getätigt. Mit dem Zusammenbruch des Regimes endete auch das staatliche Proliferationsprogramm des Irak [...]“ Also, bei all den (wie wir längst wissen: erlogenen) positiven Nebeneffekten scheint der Völkerrechtsbruch doch tolerierbar, oder? Dummerweise untersteht unser Grundgesetz mit dem Artikel 25 dem Völkerrecht, was die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes anscheinend nicht wissen. In der Broschüre geht gerade so weiter mit der Klitterung des bundesdeutschen Selbstbilds: „Auch die Bundesrepublik Deutschland [...] bleibt weiterhin ein Zielgebiet für die Beschaffungsbemühungen der Krisenländer.“ Die Bundesrepublik ist also ein direktes Opfer ihrer eigenen Rüstungslieferungen, weil sie ja von anderen als „Zielgebiet“ auserkoren wurde. Und tatsächlich wird auch noch behauptet, dass für Deutschland eine „strenge Gesetzgebung und eine wirksame Exportkontrolle“ herrsche. Hingegen wendeten die (bösen) Krisenländer notfalls geheimdienstliche Methoden an, um sich die gewünschte Technologie zu beschaffen. Und genau darauf ist der Verfassungsschutz spezialisiert: geheimdienstliche Methoden. Welche Verfassung schützt also der „Verfassungsschutz“? Meine nicht! Das Grundgesetz, das in diesem Jahr 60 Jahre alt wird, hätte es jedoch verdient. Und würde man den Gesetzestext ernst nehmen, wie auch den der UN-Charta, dann müsste unsere Regierung vom Verfassungsschutz „beobachtet“ werden, weil sie ständig das Völkerrecht bricht – also unsere Verfassung. Und auch die Menschenrechte werden mit Füßen getreten, wenn man mittels Waffen- und Soldatenexport signalisiert, dass das Grundrecht auf Leben nichts zählt. Trotzdem nachträglich: Alles Gute zum Geburtstag „Menschenrechte“ – ihr hättet es verdient, ernst genommen zu werden! <<